

# Auszug aus der Niederschrift der 23. Sitzung des Rates der Stadt Meckenheim vom 17.04.2024

|     |                                                                                             |              |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 7.1 | Stadtwerke der Zukunft (Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BfM vom 7. März 2024) | AT/2024/1488 |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen zur Entwicklung der Stadtwerke dergestalt zu prüfen, dass bis zu den Haushaltsberatungen die voraussichtlichen externen Beratungskosten und Leistungen bekannt sind und in Gesprächen mit anderen Kommunen deren Strategie zu erfahren und hierüber im Rat erneut zu berichten.

**Beschluss: mehrheitlich beschlossen**  
**Ja-Stimmen 35 Nein-Stimmen 2 Enthaltung 1**

### Abstimmungsergebnis:

|             |                                              |
|-------------|----------------------------------------------|
| Ja:         | Teil CDU,<br>SPD, B<br>90/GRÜNE,<br>BfM, FDP |
| Nein:       | UWG                                          |
| Enthaltung: | Teil CDU                                     |

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BfM begründen den gemeinsam gestellten Antrag.

Die UWG-Fraktion spricht sich gegen den Antrag aus. Aus ihrer Sicht sind die Meckenheimer Stadtwerke mit den Aufgaben der Trinkwasserversorgung und der Straßenbeleuchtung bereits so beauftragt, wie es für eine Stadt dieser Größe angemessen ist. Sie sieht die Marktrisiken, die sich für die Stadtwerke als Teilnehmerin in diesen Märkten ergeben würde.

Die Verwaltung argumentiert, dass die Meckenheimer Stadtwerke die Umstrukturierung und neuen Aufgaben mit ihren derzeitigen Kapazitäten nicht erfüllen könnte. Es müssten erst einmal erhebliche Mittel investiert werden, damit die Stadt möglicherweise in Zukunft davon profitieren könne. Daher macht die Verwaltung den Vorschlag, den Prüfauftrag des Antrages dahingehend umzuwandeln, dass sie zunächst in Gesprächen mit anderen Kommunen, die einen solchen Weg eingeschlagen haben, spricht und deren Erfahrungen abfragt. Des Weiteren, soll geprüft werden, welche Kosten für die Inanspruchnahme von Beratungs- und Prüfleistungen in rechtlicher, steuerlicher und wirtschaftlicher Hinsicht anfallen.

Die CDU-Fraktion spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Nach einer Sitzungsunterbrechung, in der sich die Antragstellenden Fraktionen abgestimmt haben, wird der von der Verwaltung vorgeschlagene Prüfauftrag zur Abstimmung gebracht.

Meckenheim, den 07.05.2024

Klara Manner  
Schriftführerin